Interview mit Sarah Ryglewski

„Alle Ministerpräsidenten halten ihre Lösungen für perfekt“

Die Bremerin Sarah Ryglewski, Staatsministerin für Bund-Länder-Beziehungen, zu den Verhandlungen über das Entlastungspaket

CORNELIE BARTHELME

Frau Ryglewski, Stefan Weil hat am Mittwoch gesagt, für die Bürgerinnen und Bürger sei es wichtig, „dass sie das Gefühl haben, dass die staatlichen Ebenen zusammenarbeiten, dass sie nicht in erster Linie streiten“: Warum hat man das denn im Kanzleramt erst so spät begriffen?

"MAN BRAUCHT VERSTÄNDNIS": Sarah Ryglewski ist im Kanzleramt die Frau für die mitunter komplizierte Beziehung zwischen Bund und Ländern.

Sarah Ryglewski: Manchmal muss man sich an Themen erst gemeinsam heranarbeiten. Und die wirklich sehr guten Ergebnisse vom Mittwoch zeigen, dass wir in den vergangenen Wochen sehr eng und gut zusammengearbeitet haben.

Sie sind ja die Verbindungsfrau zu den Ländern und arbeiten viel im Verborgenen. Muss man da eher Seelen streicheln – oder geht es ausschließlich um knallharte Fakten?

Ein wenig von beidem. Man braucht Verständnis für beide Seiten. In der Bundesregierung müssen wir das große Ganze im Blick haben. Dafür spüren die Länder die Herausforderungen gerade der aktuellen Krise viel unmittelbarer und wissen besser um die konkreten Einzelfälle. Dort ist der gefühlte Druck dann höher. Hier ist der Austausch enorm wichtig, weil er uns dabei hilft, Probleme zu erkennen. Wie aktuell beispielsweise die Herausforderungen mancher Stadtwerke oder die Geldsorgen vieler Krankenhäuser.

Da ruft Sie also ein Ministerpräsident an und sagt: Wenn wir uns jetzt nicht um die Krankenhäuser kümmern, dann gehen die pleite?

Das passiert durchaus. Es gibt aber nicht nur Notrufe, sondern auch Lösungsvorschläge. Einige Bundesländer haben berichtet, dass ihre Stadtwerke ihre Kunden schon über die Regelungen für die Abschläge im Dezember informiert haben.

Denken Sie gerade an Herrn Söder und sein „Wir in Bayern können das"?

Es gibt doch überall Menschen, die ein bisschen lauter sind als andere. Und alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sind überzeugt, dass ihre Lösungen die perfekten sind. Dafür gibt es ja den Bund, der darauf achtet, dass Beschlüsse für alle passen.

Am Mittwoch ging es ja dann wirklich flott. Warum hat das plötzlich funktioniert – und was war anders als am 4. Oktober?

Da konnten die konkreten Lösungen einfach noch nicht da sein, so knapp nachdem der 200-Milliarden-Abwehrschirm überhaupt erst beschlossen war. Diesmal gab es jede Menge Vorbereitungstreffen, und in den letzten drei Tagen haben wir geprüft, ob alle alles mittragen können.

Hat denn in den Ministerpräsidentenkonferenzen mal jemand gesagt: Leute, wir müssen jetzt wirklich abliefern – sonst kriegen die Bürgerinnen und Bürger einen dicken Hals?

Das war allen bewusst. Und manche haben es auch gesagt. Und wir nehmen ja, Bund und Länder, viel Geld in die Hand, weil wir wissen, dass diese Krise für viele Menschen und Unternehmen existenziell werden kann. Wir wollten natürlich schnell sein, aber damit es funktioniert, mussten wir auch gründlich sein und die Ergebnisse vernünftig.

Die Länder halten es für vernünftig, dass die „Winterlücke" beim Gas geschlossen wird. Wie groß ist die Chance, dass der Einmalzahlung im Dezember ab 1. Januar direkt der Gaspreisdeckel folgt?

Es gibt keine wirkliche Winterlücke. Der Verzicht auf die Abschlagszahlungen im Dezember wirkt in den Januar und Februar. Richtig greifen kann die Gaspreisbremse erst zum 1. März. Wenn die Praktiker sagen, früher kriegen sie das nicht hin, müssen wir das ernst nehmen. Aber wir prüfen, ob wir über Rückwirkung mehr machen können.

Und die Chance liegt bei fifty-fifty – oder mehr?

Auf Prozentzahlen lege ich mich nicht fest. Aber entgegen landläufiger Meinung bedeutet „Prüfauftrag", dass wirklich ernsthaft geprüft wird.

Das Gespräch führte Cornelie Barthelme.

ZUR SACHE

Kommunen kritisieren Bund-Länder-Beschlüsse

Die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern bei der Finanzierung geplanter Entlastungsmaßnahmen stößt auf Kritik der Kommunen. Führende Kommunalverbände halten die Kostenzusagen für die Versorgung von Flüchtlingen für unzureichend. Die Herausforderungen nähmen mit jedem Tag zu, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Markus Lewe. Aus der Ukraine und auch aus anderen Ländern kämen immer mehr Menschen. „Die Städte stehen zu ihrer Verantwortung und werden die Geflüchteten nicht auf der Straße stehen lassen. Wir erwarten aber, dass die Länder ihre Aufnahmekapazitäten schnell ausbauen und sich bei der Finanzierung nun selbst stärker einbringen“, mahnte Lewe. Der Bund will für das laufende Jahr zusätzliche 1,5 Milliarden Euro für die Versorgung von Geflüchteten unter anderem aus der Ukraine bereitstellen. Bisher waren zwei Milliarden Euro für die Versorgung von Ukraine-Flüchtlingen zugesagt. Für das kommende Jahr soll es 1,5 Milliarden Euro für die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem von Russland angegriffenen Land geben. Für Menschen aus anderen Ländern wurde eine jährliche Pauschale von 1,25 Milliarden Euro angekündigt.

ZUR PERSON

Sarah Ryglewski (39)

ist seit 2015 Bremer Abgeordnete im Bundestag und seit dem Dezember 2021 Staatsministerin für Bund-Länder-Beziehungen und Leiterin des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung beim Kanzleramt.